



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

16. Oktober 2020

Wochenbericht KW 42

forsa | Kantar | GMS | infratest dimap

Wähleranteile:	Union bei 36 % bzw. 35 %, SPD bei 16 % bzw. 15 % Grüne bei 20 % bzw. 19 %, AfD zwischen 11 % und 9 %
Regierungszufriedenheit:	65 % bewerten die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut
Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Handlungsbedarf wird v. a. bei der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum, bei der gerechten Verteilung der Steuerlast und in der Pflege gesehen
Eigene finanzielle Lage:	Zwei Drittel erwarten keine Veränderungen Mehrheit findet Zeitpunkt für größere Anschaffungen eher ungünstig
Wichtigstes Thema:	Coronavirus

Steffen Seibert

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	Kantar¹ für BamS	GMS²	Infratest dimap³ für ARD
CDU/CSU	36 (-)	35 (+1)	36 (-2)	35 (-)
SPD	15 (-)	16 (-1)	16 (+2)	15 (-)
FDP	5 (-1)	6 (+1)	5 (-1)	6 (-)
DIE LINKE	8 (+1)	8 (-)	7 (+1)	7 (-1)
B'90/Grüne	20 (-)	19 (-1)	20 (+1)	20 (-1)
AfD	9 (-)	10 (+1)	10 (-)	11 (+1)
Sonstige	7 (-)	6 (-1)	6 (-1)	6 (-)
Erhebungszeitraum	05.-09.10.	08.-14.10.	07.-12.10.	12.-14.10.

Die Union liegt bei forsa 21 (-), bei GMS 20 (-4), bei infratest dimap 20 (-) und bei Kantar 19 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv
Markus Söder	35 (-1)
Olaf Scholz	15 (+1)
Robert Habeck	20 (+1)
keinen davon	30 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-09.10.

Markus Söder liegt bei der Kanzlerpräferenz mit 20 (-2) Prozentpunkten Abstand deutlich vor Olaf Scholz und mit 15 (-2) Prozentpunkten deutlich vor Robert Habeck.

64 % (-2) der CDU-Anhänger präferieren Söder, 11 % (+1) Scholz und 6 % (+1) Habeck.

Von den CSU-Anhängern würden sich 85 % (-1) für Söder, 5 % (+1) für Scholz und 2 % (-) für Habeck entscheiden.

62 % (-2) der SPD-Anhänger favorisieren Scholz, 15 % (+1) Söder und 11 % (+1) Habeck.

Von den Grünen-Anhängern würden sich 65 % (+2) für Habeck, 11 % (-3) für Söder und 11 % (-2) für Scholz entscheiden.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (18.10.2020)

² im Vergleich zur KW 31

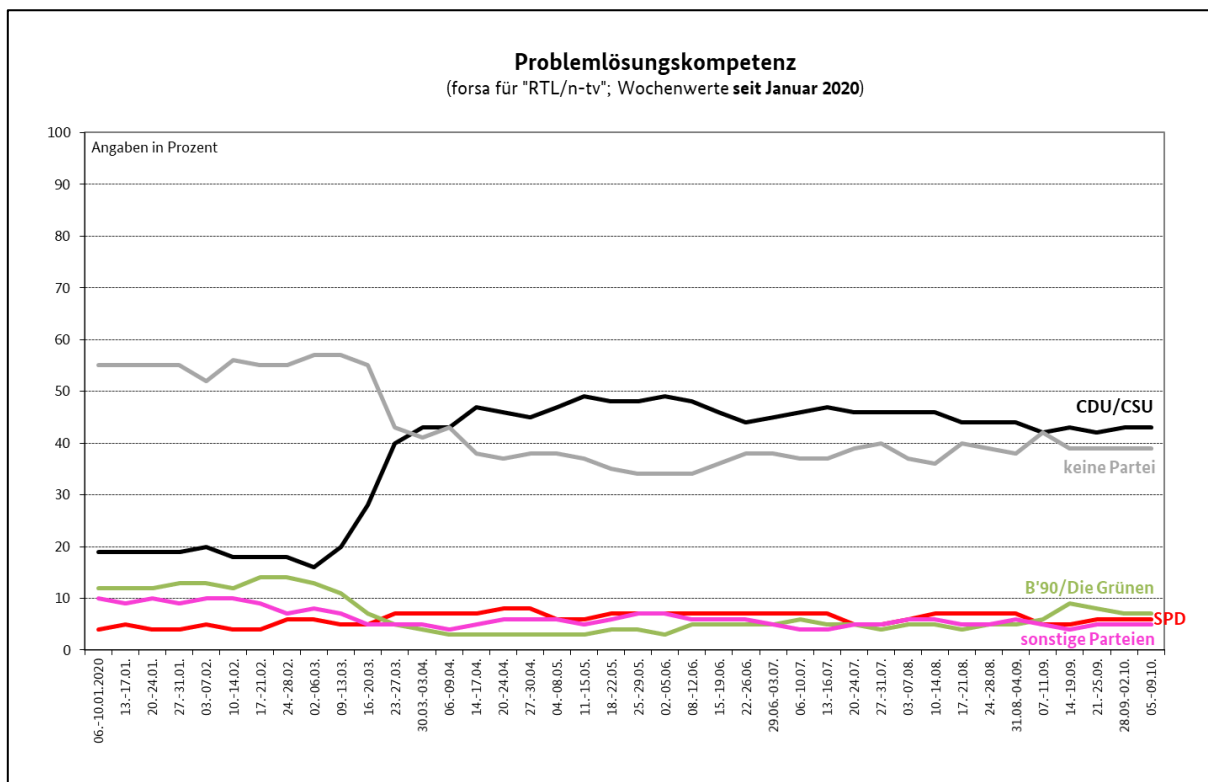
³ im Vergleich zum letzten ARD-DeutschlandTREND / KW 40

Problemlösungskompetenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
CDU/CSU	43	(-)
SPD	6	(-)
Grüne	7	(-)
sonstige Parteien	5	(-)
keine Partei	39	(-)
Erhebungszeitraum	05.-09.10.	

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union mit 37 (-) Prozentpunkten Abstand deutlich vor der SPD und mit 4 (-) Prozentpunkten vor dem Anteil derjenigen, die die Lösung der Probleme keiner Partei zutrauen.



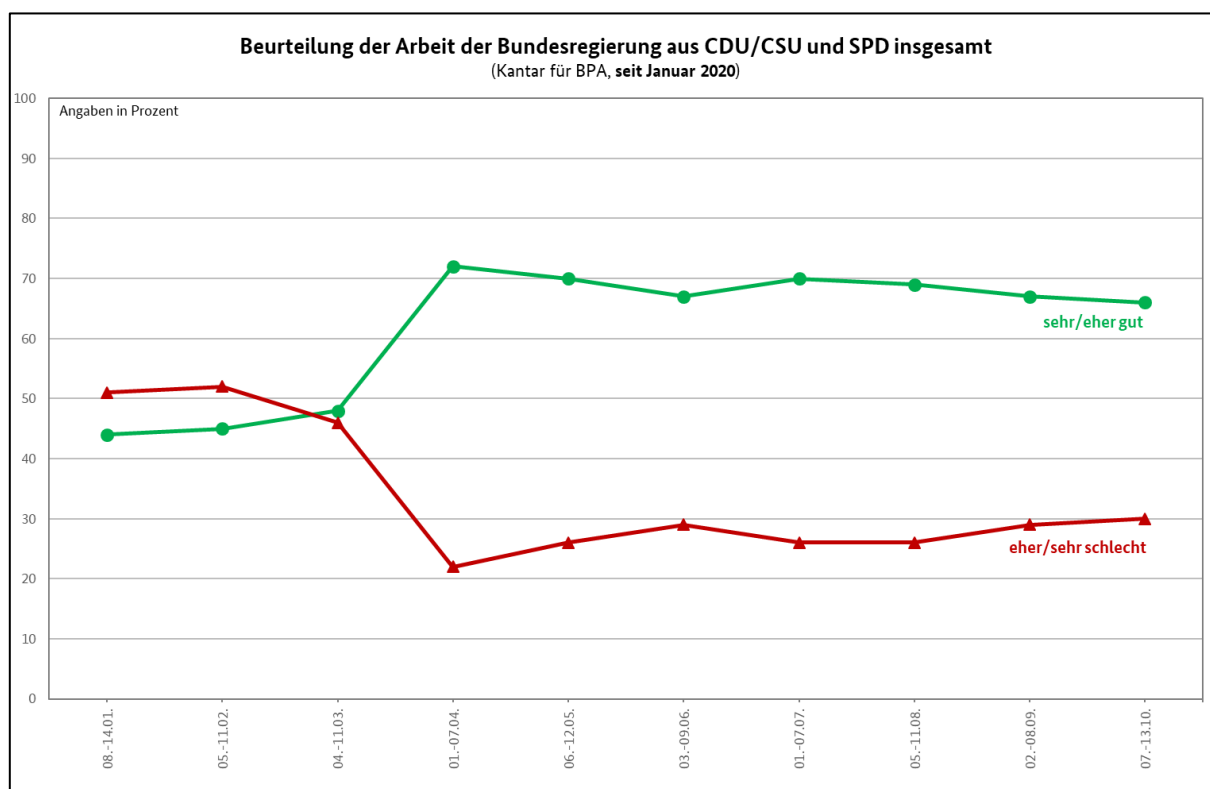
Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung aus CDU/CSU und SPD insgesamt im Oktober 2020

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 37

	Kantar für BPA
sehr gut	5 (-1)
eher gut	60 (-1)
eher schlecht	24 (+1)
sehr schlecht	6 (-1)
Erhebungszeitraum	07.-13.10.

Über 60-Jährige (73 %), Anhänger der Union (90 %) und der SPD (87 %) bewerten die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich oft als sehr bzw. eher gut.

Hingegen beurteilen Ostdeutsche (39 %), Anhänger der AfD (95 %) und der Linkspartei (69 %) die Arbeit der Bundesregierung überdurchschnittlich häufig als eher bzw. sehr schlecht. Männer sind häufiger dieser Meinung als Frauen (35 % zu 25 %).



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Oktober 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2020

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	75 (-1)	24 (+1)	0 (-1)	0 (-)
Altersversorgung langfristig sichern	66 (-)	31 (-1)	2 (-)	0 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	66 (+3)	29 (-3)	4 (+1)	1 (-)
Bedingungen der Pflege verbessern	65 (-1)	30 (-2)	3 (+1)	0 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	63 (+3)	34 (-2)	2 (-2)	1 (-)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	61 (+2)	33 (-)	4 (-2)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	57 (+5)	36 (-5)	6 (+1)	1 (-)
innere Sicherheit gewährleisten	53 (+3)	41 (-)	5 (-1)	1 (-)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (-7)	39 (+4)	9 (+1)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	46 (+2)	46 (-)	7 (-1)	0 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	44 (-2)	49 (+3)	5 (-1)	1 (-)
neue Technologien fördern	44 (+3)	42 (-4)	10 (+1)	2 (-1)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	42 (+4)	41 (-7)	10 (+1)	5 (+1)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (+7)	45 (-2)	11 (-4)	4 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	39 (-4)	44 (+4)	13 (-)	3 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	39 (-)	40 (-4)	16 (+4)	3 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	37 (-1)	45 (-)	14 (-)	2 (-1)
deutsche Interessen in der EU vertreten	33 (-2)	49 (-1)	14 (+2)	3 (-)
Verbraucherschutz stärken	28 (+3)	57 (-3)	13 (+1)	1 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	27 (-1)	56 (+4)	13 (-3)	2 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	27 (-)	50 (+1)	18 (-2)	3 (-)
Staatsschulden begrenzen	25 (-)	46 (-3)	23 (+2)	4 (+1)
Erhebungszeitraum	07.-13.10.			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger die wichtigste politische Aufgabe. Unter 50-Jährige finden sie häufiger sehr wichtig als über 50-Jährige (80 % zu 70 %) und Personen mit hoher formaler Bildung häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (80 % zu 69 %).

Die Aufgabe "Zuwanderung von Ausländern regeln" wird von Anhängern der AfD (69 %) und der FDP (53 %) überdurchschnittlich häufig als prioritär angesehen. Personen mit einfacher formaler Bildung finden sie häufiger sehr wichtig als Personen mit hoher formaler Bildung (47 % zu 30 %).

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen im Oktober 2020

Kantar für BPA, Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2020

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
deutsche Interessen in der EU vertreten	70 (-2)	24 (+2)
innere Sicherheit gewährleisten	68 (-1)	28 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	67 (-4)	25 (+4)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	66 (-2)	23 (-)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	61 (-2)	33 (-)
neue Technologien fördern	58 (-1)	35 (+1)
Verbraucherschutz stärken	57 (-2)	35 (+2)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	57 (-)	36 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	55 (-8)	37 (+5)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	55 (-5)	41 (+3)
Staatsschulden begrenzen	50 (-3)	40 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	49 (+1)	47 (-2)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	46 (-1)	51 (-)
für bezahlbare Strompreise sorgen	45 (-6)	46 (+4)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	44 (-2)	53 (+2)
Zuwanderung von Ausländern regeln	41 (-7)	55 (+7)
Energiewende zügig vorantreiben	40 (-4)	55 (+3)
Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren	38 (-11)	56 (+7)
Altersversorgung langfristig sichern	35 (-4)	61 (+4)
Bedingungen der Pflege verbessern	34 (-1)	62 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	30 (-4)	66 (+4)
für bezahlbaren Wohnraum sorgen	27 (-3)	69 (+3)
Erhebungszeitraum	07.-13.10.	

In 11 von 22 Politikfeldern bewertet jeweils eine Mehrheit der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Hingegen wird sie in neun Bereichen mindestens von der Hälfte als eher bzw. sehr schlecht beurteilt.

Im Vergleich zum Vormonat ist in den Politikfeldern "Flüchtlinge in die deutsche Gesellschaft integrieren", "Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern" und "Zuwanderung von Ausländern regeln" der Anteil der Bevölkerung, der die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut bewertet, gesunken (-11, -8 und -7 Prozentpunkte).

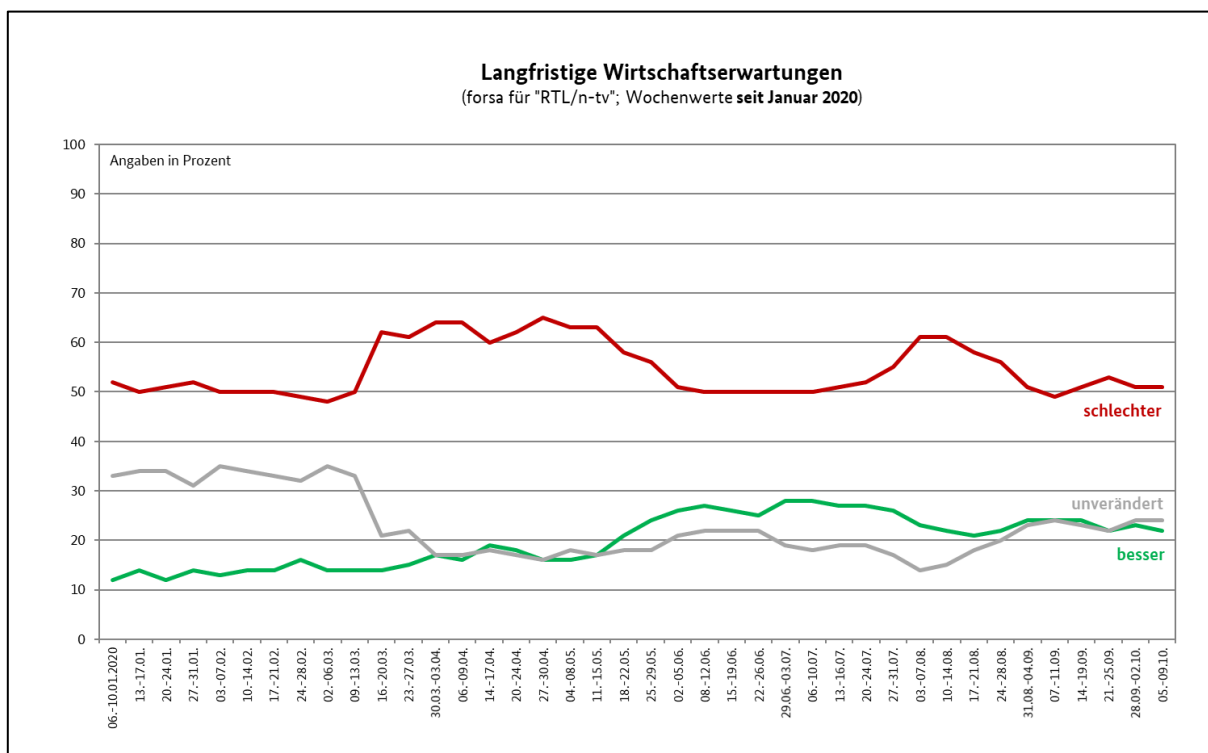
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/n-tv	
besser	22	(-1)
schlechter	51	(-)
unverändert	24	(-)
Erhebungszeitraum	05.-09.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der ökonomischen Lage in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 29 (+1) Prozentpunkte weiterhin deutlich höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Bewertung der eigenen gegenwärtigen finanziellen Lage

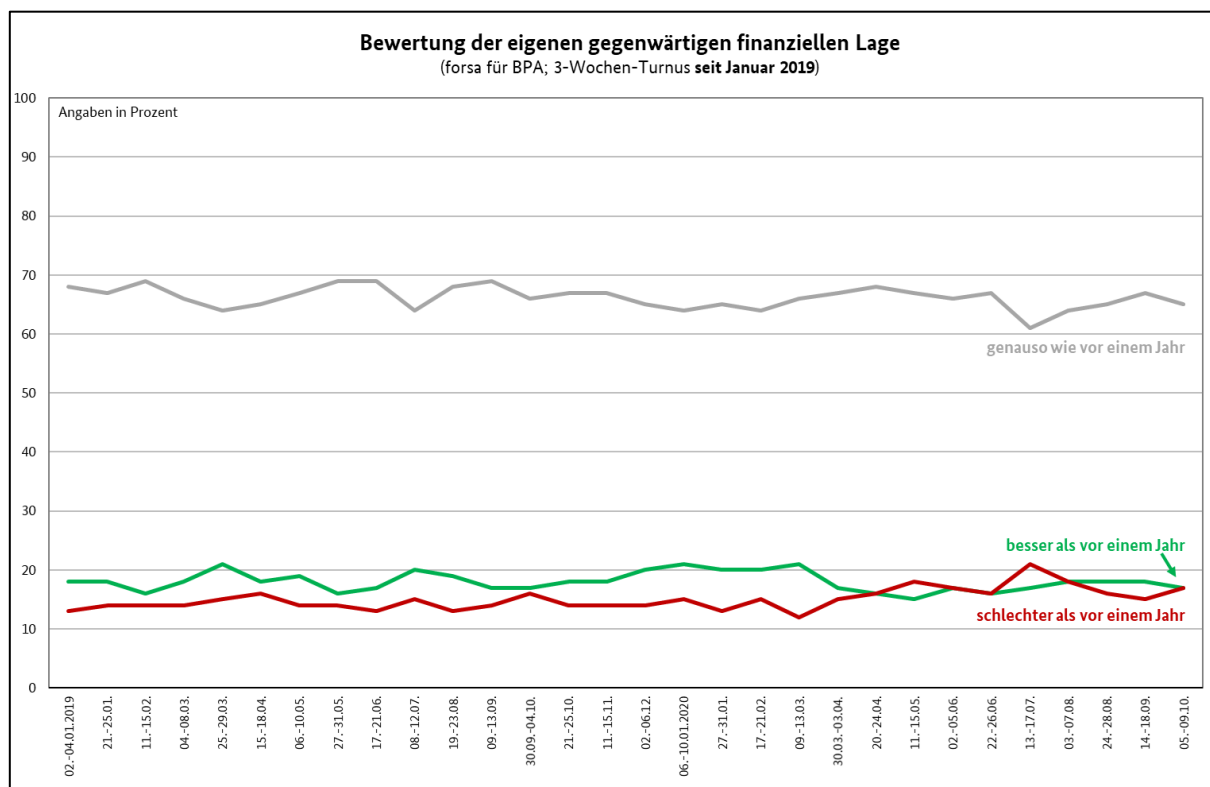
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

	forsa für BPA
besser als vor einem Jahr	17 (-1)
schlechter als vor einem Jahr	17 (+2)
genauso wie vor einem Jahr	65 (-2)
Erhebungszeitraum	05.-09.10.

Der Anteil derjenigen, die eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahrnehmen, liegt gleichauf mit dem Anteil derjenigen, die Verschlechterungen sehen.

Unter 45-Jährige nehmen häufiger eine Verbesserung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als über 45-Jährige (27 % zu 11 %).

Geringverdiener nehmen häufiger eine Verschlechterung ihrer gegenwärtigen finanziellen Lage wahr als Gutverdiener (24 % zu 14 %).



Bewertung der eigenen zukünftigen finanziellen Lage

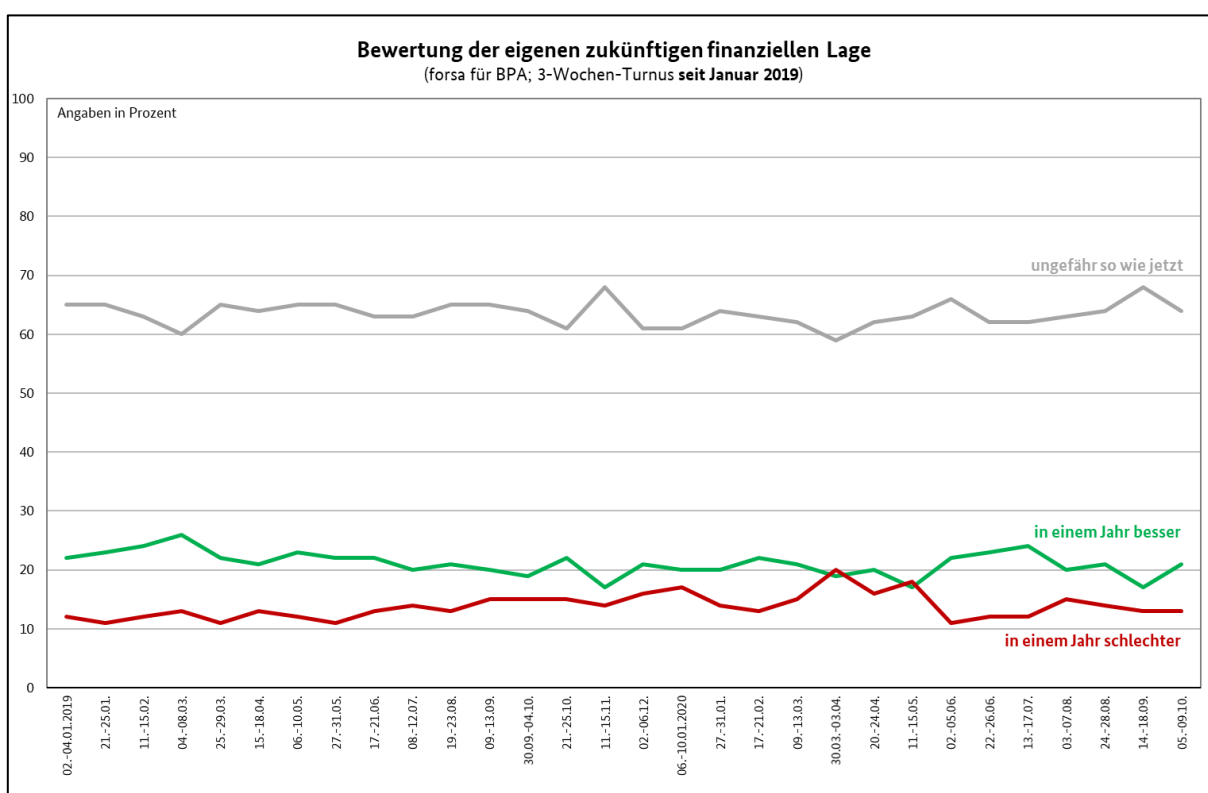
Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

	forsa für BPA	
in einem Jahr besser	21	(+4)
in einem Jahr schlechter	13	(-)
ungefähr so wie jetzt	64	(-4)
Erhebungszeitraum	05.-09.10.	

Geringverdiener (37 %) gehen besonders oft von einer Verbesserung ihrer finanziellen Lage aus. Unter 45-Jährige sind deutlich häufiger dieser Meinung als über 45-Jährige (36 % zu 10 %).

Eine Verschlechterung erwarten Anhänger der AfD (21 %) überdurchschnittlich oft.

Hingegen glauben Anhänger der Union (75 %) häufiger, ihre finanzielle Lage bleibe wie gehabt.

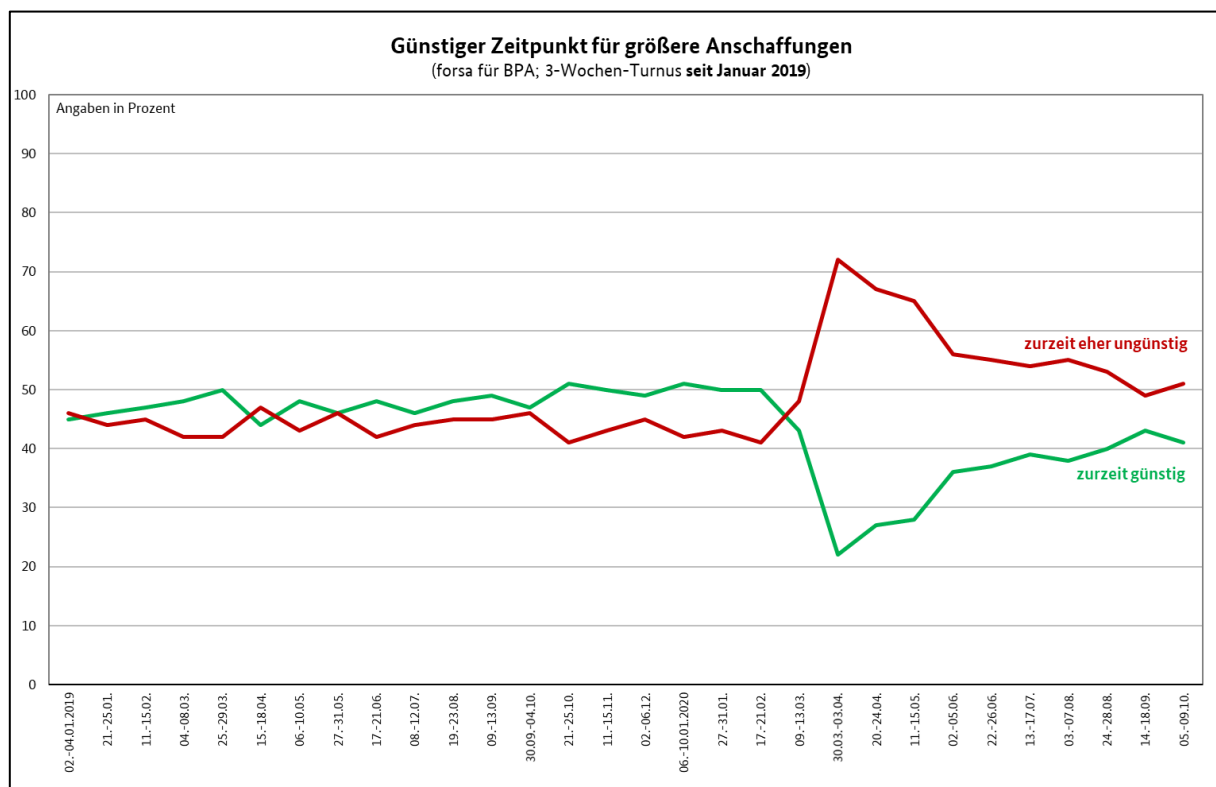


● Günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

	forsa für BPA	
zurzeit günstig	41	(-2)
zurzeit eher ungünstig	51	(+2)
Erhebungszeitraum	05.-09.10.	

Jeder Zweite findet, dass zurzeit ein günstiger Zeitpunkt für größere Anschaffungen wäre. Männer sind häufiger dieser Meinung als Frauen (46 % zu 36 %) und Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (48 % zu 23 %).



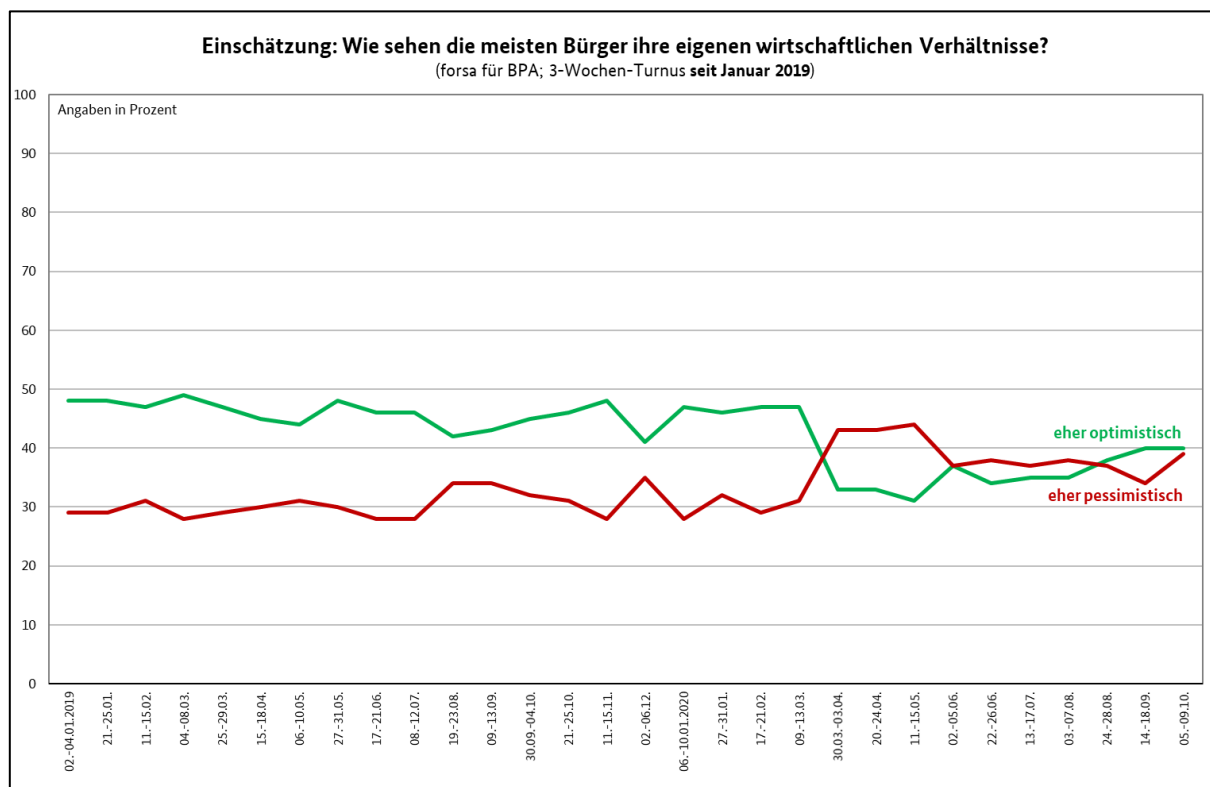
Einschätzung: Wie sehen die meisten Bürger ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 39

	forsa für BPA	
eher optimistisch	40	(-)
eher pessimistisch	39	(+5)
Erhebungszeitraum	05.-09.10.	

Der Anteil derjenigen, die glauben, dass die meisten Menschen, die sie kennen, ihre eigenen wirtschaftlichen Verhältnisse eher pessimistisch einschätzen, ist im Vergleich zur Vorerhebung deutlich gestiegen. Er liegt fast gleichauf mit dem Anteil derjenigen, die die Verhältnisse optimistisch einschätzt.

Unter 60-Jährige (45 %) sind besonders häufig pessimistisch.



Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	forsa für BPA
Coronavirus	77 (+14)
USA: Präsident Trump, Wahlkampf, Unruhen wegen Polizeigewalt	30 (-8)
Ausgangs- und Kontaktsperre	7 (+4)
Allgemeine Wirtschaftslage	5 (-1)
Erhebungszeitraum	12.-14.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich auch in dieser Woche am meisten mit dem Coronavirus. Das Thema hat im Vergleich zur Vorwoche nochmals an Bedeutung gewonnen (+14 Prozentpunkte).

Das Thema "USA: Präsident Trump, Wahlkampf, Unruhen wegen Polizeigewalt" nennen Anhänger der FDP (57 %) und der Grünen (42 %) überdurchschnittlich häufig.

